

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Stahlbranche zählt zum industriellen Kern Europas und Deutschlands. Jeder Arbeitsplatz in der Stahlindustrie ist mit fünf bis sechs weiteren Beschäftigten in Zulieferindustrien verbunden.

Die Stahlindustrie ist einer der wichtigsten Werkstofflieferanten der deutschen Industrie. Die Innovationskraft der Stahlindustrie ist eine wichtige Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg von anderen Industriebereichen wie der Automobilindustrie, des Maschinen- und Anlagenbaus oder der Elektrotechnik.

Deutschland ist der größte Stahlhersteller in der EU und der siebtgrößte Stahlhersteller der Welt. Damit ist klar: Die Stahlindustrie ist nicht nur für die industrielle Wertschöpfungsnetzwerke notwendig. Die Stahlindustrie in Deutschland ist auch unverzichtbar zur Sicherung der Beschäftigung vor Ort.

Um diese hohe und zentrale Bedeutung der europäischen Stahlindustrie auf Dauer zu sichern, brauchen wir faire Rahmenbedingungen!

Meine Damen und Herren!

Das Jahr 2016 kann zu einem Schicksalsjahr für die Stahlindustrie werden. Aktuell sehe ich drei große Herausforderungen, für die wir eine Lösung im Sinne fairer Rahmenbedingungen finden müssen:

Erstens, wie gehen wir kurzfristig mit den massiven Überkapazitäten durch importierten Billigstahl aus China um?

Zweitens, wie gelingt es, den Emissionshandel in Zukunft so zu gestalten, dass einseitige Wettbewerbsverzerrungen ausgeschlossen sind?

Drittens, gelingt es, die Kosten der Energiewende gerecht zu verteilen ohne die Existenz der energieintensiven Industrien zu gefährden?

Meine Damen und Herren!

Die chinesischen Produzenten werfen aktuell Stahl zu absoluten Dumpingpreisen in riesigen Mengen auf den Weltmarkt. Allein in 2015 erreichten die Exporte chinesischer Stahlunternehmen rund 112 Millionen Tonnen. Zum Vergleich: die Stahlnachfrage in der gesamten EU beläuft sich auf nur 150 Millionen Tonnen.

Die USA und andere Märkte schützen sich mit hohen Strafzöllen gegen eine solche aggressive und wettbewerbsferne Exportpolitik.

Uns in Europa fehlt bislang ein effektiver Schutz, weil die EU-Kommission zu schwerfällig agiert und die Möglichkeiten des Handelsrechts nicht konsequent ausschöpft!

Derzeit leitet die EU-Kommission erst nach einem Jahr *nachgewiesener Schädigung* überhaupt ein entsprechendes Verfahren ein. So dauert es in der EU rund 20 Monate und damit doppelt so lang wie in den USA, bis effektive Gegenmaßnahmen zum Schutz der heimischen Industrie greifen.

Hier müssen wir einfach schneller werden! – das Prüfverfahren der EU-Kommission muss deutlich

verkürzt und gestrafft werden. Die EU-Kommission muss die bereits anhängigen und angekündigten Klagen gegen chinesische Dumping-Preise so schnell wie möglich bearbeiten.

Natürlich: Die heimische Stahlindustrie muss sich dem internationalen Wettbewerb stellen. Dieser muss aber fair gemäß den WTO-Regeln ablaufen.

Dies gilt übrigens auch für die formale Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft!

Immer noch ist die chinesische Wirtschaft auch von wettbewerbsverzerrenden Eingriffen durch den Staat gekennzeichnet: Es fehlt ein funktionierendes Insolvenzrecht, ein wirksames Verfahren zum Schutz geistigen Eigentums sowie ein vom Staat unabhängiger Finanzsektor.

Die EU-Kommission muss jetzt alle Beteiligten, einschließlich der Stahlindustrie in ihren Entscheidungsprozess über einen möglichen Marktwirtschaftsstatus für China einbeziehen! Darüber hinaus brauchen wir eine enge Abstimmung mit anderen Industriestaaten in der WTO.

Nur so kann verhindert werden, dass vorschnell und womöglich ohne juristische Not wirksame Instrumente zum Schutz eines fairen Wettbewerbs aufgegeben werden!

Meine Damen und Herren!

Auch die aktuellen Vorschläge der Europäischen Kommission zur künftigen Ausgestaltung des EU-Emissionsrechtehandels bedürfen einer kritischen Prüfung.

Derzeit ist damit zu rechnen, dass die vorgesehene starke Verknappung der freien Zuteilung von Zertifikaten durchaus zu erheblichen und vor allem einseitigen Kostensteigerung und damit natürlich zu starken Wettbewerbsverzerrung für die Stahlindustrie führen könnte.

Hier müssen wir wachsam bleiben. Denn was wir auf keinen Fall zulassen dürfen ist, dass in der Konsequenz diese Entwicklung existenzgefährdende Ausmaße für die Stahlunternehmen und nicht absehbare Folgen für industrielle Wertschöpfungsketten nach sich ziehen.

Daher ist klar: In den Beratungen zum EU-Emissionsrechtehandel in den kommenden Monaten muss sichergestellt sein, dass die im internationalen Wettbewerb stehenden Stahlunternehmen nicht unverhältnismäßig belastet werden, um auch weiter auf dem umkämpften Stahlmarkt bestehen und investieren zu können!

Meine Damen und Herren!

Die Energiewende und der Klimaschutz sind zentrale gesellschaftliche Herausforderungen. Auch die Stahlindustrie muss sich diesen zentralen Zukunftsaufgaben weiterhin stellen.

Die Kosten der Energiewende müssen aber gerecht verteilt und auch für die energieintensiven Industrien tragbar bleiben.

Der Einsatz der Bundesregierung für die Beibehaltung der besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz ist richtig. Notwendig ist aber auch, dass die Eigenstromerzeugung aus Bestandsanlagen hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung und aus Erneuerbaren Energien sowie aus Kuppelgasen,

zukünftig weiterhin nicht in die EEG-Umlage einbezogen wird. Dies ist nicht nur ökonomisch, sondern vor allem ökologisch sinnvoll.

Meine Damen und Herren!

Nur eine wettbewerbsfähige Stahlindustrie kann sich substanzerhaltende und zukunftssichernde Investitionen sowie eine nachhaltige Forschung und Entwicklung leisten.

Es ist wichtig, dass wir uns mit Nachdruck - auch in Brüssel - für den Erhalt einer starken Stahlindustrie unter fairen Rahmenbedingungen einsetzen.

Nur so wird es gelingen, die Wirtschaft auch in Zukunft als Motor für Innovationen zu erhalten. Nur so können die hochwertigen Arbeitsplätze in der deutschen Stahlindustrie für die Zukunft nachhaltig gesichert werden!

Herzlichen Dank.